

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Christine Ostrowski, Dr. Ilja Seifert,
Dr. Winfried Wolf und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/127 –**

Verbesserte Förderung der Wohnungsmodernisierung im Altbaubestand und bei Wohnhochhäusern nach dem Investitionszulagengesetz 1999

A. Problem

Die Antragsteller treten dafür ein, die Bundesregierung damit zu beauftragen, eine Novelle des Investitionszulagengesetzes 1999 mit dem Ziel auszuarbeiten, die Investitionszulage für Modernisierungsmaßnahmen im Altbaubestand und bei Wohnhochhäusern in Höhe und nach den Bestimmungen zu gewähren, wie sie für den Mietwohnungsneubau im innerörtlichen Bereich gilt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Die Fraktion der PDS besteht auf der Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag in Drucksache 14/127 abzulehnen.

Bonn, den 24. März 1999

Der Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Dr. Christine Lucyga
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Christine Lucyga

I.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag – Drucksache 14/127 – in seiner 14. Sitzung am 10. Dezember 1998 an den Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuß und den Ausschuß für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen.

II.

Nach dem Antrag der Fraktion der PDS soll die Bundesregierung eine Novelle des Investitionszulagengesetzes 1999 mit dem Ziel ausarbeiten, die Investitionszulage für Modernisierungsmaßnahmen im Altbaubestand und bei Wohnhochhäusern in Höhe und nach den Bestimmungen zu gewähren, wie sie für den Mietwohnungsneubau im innerörtlichen Bereich gilt.

III.

Der Finanzausschuß und der Ausschuß für Angelegenheiten der neuen Länder haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlage in seiner 10. Sitzung am 24. März 1999 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen ist mit Mehrheit der Auffassung, daß dieser Antrag nicht zu finanzieren ist und zum großen Teil auch eine Übersubventionierung bedeuten würde. Der Bestandserneuerung soll zwar Vorrang gegenüber dem Neubau eingeräumt werden, aber die Finanzierung der entstehenden Kosten in Höhe von 9 Mrd. DM geht nicht aus dem Antrag hervor.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürwortet eine bessere Austarierung der Investitionszulage im Rahmen des gegebenen Finanzvolumens.

Die Fraktion der PDS besteht auf ihrem Antrag mit dem Hinweis, daß ihr Antrag immer noch billiger sei als eine Verdoppelung der förderfähigen Kosten bei Beibehaltung des Fördersatzes.

Bonn, den 24. März 1999

Dr. Christine Lucyga
Berichterstatlerin